

Hinter der US-Anti-China-Kampagne:

Die Fakten über Xinjiang

Sara Flounders¹ am 24.12.2019 auf www.antikrieg.com

Um die Behauptungen über massive Menschenrechtsverletzungen der Uiguren, einer ethnischen und religiösen Minderheit in der Autonomen Region Xinjiang Uiguren in China, zu bewerten, ist es wichtig, einige Fakten zu kennen.

Die Provinz Xinjiang im äußersten Westen Chinas ist eine aride, gebirgige und noch weitgehend unterentwickelte Region. Xinjiang verfügt über beträchtliche Öl- und Mineralienreserven und ist derzeit die größte erdgasfördernde Region Chinas.

Es ist die Heimat einer Reihe von verschiedenen ethnischen Gruppen, einschließlich türkisch sprechender muslimischer Uiguren, Tibeter, Tadschiken, Hui und Han-Völker.

Xinjiang grenzt an fünf zentralasiatische Länder, darunter Afghanistan und Pakistan, wo mehr als 1 Million US-Soldaten und noch mehr Söldner, Auftragnehmer und Geheimagenten über vier Jahrzehnte in einem endlosen US-Krieg operiert haben.

Was heute in Xinjiang geschieht, muss im Kontext dessen gesehen werden, was in ganz Zentralasien geschieht.

Xinjiang ist ein wichtiges logistisches Zentrum für Chinas ehrgeizige Belt and Road Initiative. Xinjiang ist das Tor zu Zentral- und Westasien sowie zu den europäischen Märkten.

Die Southern Xinjiang Eisenbahnlinie führt bis zur Stadt Kashgar im äußersten Westen Chinas, wo sie nun im Rahmen des China-Pakistan Economic Corridor, einem Projekt der BRI, an das pakistanische Schienennetz angeschlossen ist.

Die US-Regierung steht diesem gewaltigen wirtschaftlichen Entwicklungsprojekt zutiefst feindselig gegenüber und unternimmt alles, um Chinas Pläne zu sabotieren.

Diese Kampagne ist Teil des "Drehpunktes nach Asien" des US-Militärs, zusammen mit den Drohungen der Marine im Südchinesischen Meer und der Unterstützung der separatistischen Bewegungen in Hongkong, Taiwan und Tibet.

Kein U.N.-Bericht über Xinjiang

Die Vereinigten Staaten von Amerika und ihre Konzernmedien beschuldigen die chinesische Regierung, 1 Million Menschen, vor allem Uiguren, in Konzentrationslager gepfercht zu haben. In den Nachrichtenberichten werden die Vereinten Nationen als Quelle genannt.

Dies wurde in einem detaillierten Untersuchungsbericht von Ben Norton und Ajit Singh mit dem Titel "Nein, die UNO hat nicht berichtet, dass China 'massive Internierungslager' für uigurische Muslime hat" bestritten. (The Grayzone.com, 23. August 2018) Sie zeigen auf, wie diese weit verbreitete Behauptung vollständig auf unbestätigten Behauptungen eines einzelnen US-Mitglieds, Gay McDougall, über ein "unabhängiges Komitee" mit einem offiziell klingenden Namen beruht: U.N. Committee on the Elimination of Racial Discrimination ("UN-Komitee zur Beseitigung von Rassendiskriminierung").

Das UN-Büro des Hochkommissars für Menschenrechte hat bestätigt, dass keine UN-Einrichtung oder kein UN-Beamter eine solche Anklage gegen China erhoben hat.

CIA/NED-geförderte 'Menschenrechte'

Nachdem diese betrügerische Nachrichtenmeldung eine breite Berichterstattung erhielt, folgten "Berichte" des in Washington ansässigen Netzwerks chinesischer Menschenrechtsverteidiger. Diese Gruppe erhält den größten Teil ihrer Gelder aus Zuschüssen der US-Regierung, vor allem von der mit der CIA verbundenen National Endowment for Democracy, einer wichtigen Finanzierungsquelle für US-Operationen zum "Regimewechsel" auf der ganzen Welt.

Das Netzwerk der chinesischen Menschenrechtsverteidiger teilt sich die gleiche Adresse in Washington wie Human Rights Watch. HRW war eine Hauptquelle für Angriffe auf Regierungen, die von den Vereinigten Staaten

¹ bekannte als seit den 1960ern tätige US-amerikanische Antikriegsaktivistin, sie hat sich z.B. auch seinerzeit im Jugoslawienkrieg entsprechend engagiert und bei den Nahostkonflikten

von Amerika ins Visier genommen wurden, wie z.B. Venezuela, Nicaragua, Kuba, Syrien und China. Das Netzwerk fordert seit langem Sanktionen gegen China.

Zu den Quellen des CHRD gehört Radio Free Asia, eine Nachrichtenagentur, die seit Jahrzehnten von der US-Regierung finanziert wird. Der Uigurische Weltkongress, eine weitere Quelle sensationeller Berichte, wird ebenfalls vom NED finanziert. Die gleiche Finanzierung der US-Regierung steht hinter der International Uyghur Human Rights and Democracy Foundation und der Uyghur American Association.

Die Autoren des Grayzone-Artikels zitieren Jahre detaillierter Antragsformulare des IRS, um ihren Anspruch zu untermauern. Sie listen Millionen von Dollar an großzügigen Regierungsgeldern auf - für die Erzeugung von Falschmeldungen.

Dieses ganze Netzwerk von angeblich unparteiischen Gruppen der Zivilgesellschaft, Nichtregierungsorganisationen, Think Tanks und Nachrichtenquellen arbeitet unter dem Deckmantel der "Menschenrechte", um Sanktionen und Krieg zu fördern.

CIA-finanzierter Terror

Zentralasien hat die schlimmsten Formen der US-Militärmacht erlebt.

Ab 1979 finanzierte und rüstete die CIA, die mit dem pakistanischen Geheimdienst ISI und saudischem Geld operierte, reaktionäre Mujahedeen-Kräfte in Afghanistan aus, um dort eine revolutionäre Regierung zu stürzen. Die USA kultivierten und förderten den extremen religiösen Fanatismus mit Sitz in Saudi-Arabien gegen fortschrittliche säkulare Regime in der Region. Diese reaktionäre Kraft wurde auch gegen die Sowjetunion und gegen eine durch die iranische Revolution repräsentierte antiimperialistische islamische Strömung als Waffe instrumentalisiert.

Vier Jahrzehnte lang versuchten die CIA und die geheimen pakistanischen ISI-Truppen in Afghanistan, uighurische Söldner zu rekrutieren und auszubilden und planten, sie als zukünftige Terrorkraft in China einzusetzen. Aus dem gleichen Grund wurden auch Tschetschenen aus der russischen Kaukasusregion rekrutiert. Beide Gruppen wurden in die dortige US-Regimewechsel-Operation nach Syrien geschleust. Diese fanatischen religiösen Kräfte bildeten zusammen mit anderen kleinen ethnischen Gruppen das Rückgrat der Gruppe des Islamischen Staates (IS) und der Al-Qaida.

Nach der Sprengung des World Trade Center am 11. September 2001 wurden genau die Kräfte zum Feind, die die US-Geheimoperationen mit geschaffen hatten.

Uiguren aus Xinjiang gehörten zu den in Afghanistan gefangen genommenen Al-Qaida-Häftlingen, die jahrelang ohne Anklage im US-Gefängnis von Guantanamo festgehalten wurden. Juristische Einsprüche deckten auf, dass die uighurischen Gefangenen dort unter den schlimmsten Bedingungen in Einzelhaft gehalten wurden.

U.S.-Kriege verlagern die Region

Die US-Besetzung Afghanistans und die massive US-Invasion im Irak im Jahr 2003 haben Schockwellen der Verlagerung ausgelöst. Sozialer Fortschritt, Bildung, Gesundheitsversorgung und Infrastruktur wurden zerstört. Die sektiererische und ethnische Spaltung wurde gefördert, um die Opposition gegen die US-Besetzungen zu spalten. Trotz der Versprechungen großer Fortschritte säten die US-Besetzungen nur Zerstörung.

In diesem langen Krieg waren die US-Gefängnisse in Afghanistan, Pakistan und Irak berüchtigt. Die CIA wandte "verschärfte Verhörtechniken" - Folter - und geheime Überstellungen nach Guantanamo, Bagram und in die Salzgrube in Afghanistan an. Diese Geheimgefängnisse waren seither die Quelle vieler Gerichtsverfahren.

Laut UN-Untersuchungen hielten die USA bis 2010 mehr als 27.000 Gefangene in über 100 geheimen Einrichtungen auf der ganzen Welt fest. Beklemmende Bilder und Berichte über systematische Folter und Gefangenenmissbrauch in Abu Ghraib im Irak und auf dem Luftwaffenstützpunkt Bagram in Afghanistan tauchten auf.

Aufdeckung von Vertuschung von Kriegsverbrechen

Im Juli 2010 veröffentlichte WikiLeaks mehr als 75.000 klassifizierte U.S./NATO-Berichte über den Krieg in Afghanistan.

Im Oktober desselben Jahres wurden durch ein massives Leck von 400.000 Militärvideos, Fotos und Dokumenten Folter, Schnellhinrichtungen und andere Kriegsverbrechen in erschütternden Details aufgedeckt. Die ehemalige Private Chelsea Manning, Analystin des Militärgeheimdienstes, gab dieses verdammende Material an WikiLeaks weiter.

Basierend auf den durchgesickerten Dokumenten forderte der Chefermittler der Vereinten Nationen in Sachen Folter, Manfred Nowak, US-Präsident Barack Obama auf, eine vollständige Untersuchung dieser Verbrechen an-

zuordnen, einschließlich Missbrauch, Folter, Vergewaltigung und Mord, die nach der Invasion und Besetzung durch die USA an der irakischen Bevölkerung begangen wurden.

Die durchgesickerten Berichte lieferten den dokumentarischen Beweis für 109.000 Tote - darunter 66.000 Zivilisten. Dies wird in den Medien selten erwähnt, im Gegensatz zu den jetzt hoch publizierten und nicht belegten Anklagen gegen China.

Anklage gegen Informanten

Die National Endowment for Democracy der CIA zahlt großzügig für nicht aus dem Ausland stammende Dokumente, die Folterungen gegen China geltend machen, während diejenigen, die die Folterungen durch die USA dokumentiert haben, als Kriminelle behandelt wurden.

John Kiriakou, der zwischen 1990 und 2004 für die CIA arbeitete und die weit verbreitete Anwendung von systematischer Folter bestätigte, wurde von der Obama-Administration wegen der Preisgabe von Geheiminformationen strafrechtlich verfolgt und zu 30 Monaten Gefängnis verurteilt.

Chelsea Mannings Freigabe von Zehntausenden von Regierungsdokumenten, die Folter und Misshandlungen bestätigen, sowie schreckliche Fotos von Massenmorden haben dazu geführt, dass sie weiterhin inhaftiert ist. Julian Assange von WikiLeaks ist in Großbritannien inhaftiert und ist wegen seiner Rolle bei der Verbreitung dieser Dokumente von der Abschiebung in die USA bedroht.

Die Neuschreibung der Geschichte

Wie sehr soll die Berichterstattung über Xinjiang die Aufmerksamkeit der Welt von den anhaltenden Verbrechen der US-Kriege - von Afghanistan bis Syrien - ablenken?

Im Jahr 2014 bestätigte ein CIA-Folterbericht des Senats, dass ein Folterprogramm, genannt "Detention and Interrogation Program", von hochrangigen US-Beamten genehmigt worden war. Nur eine 525-seitige Zusammenfassung seiner 6.000 Seiten wurde veröffentlicht, aber das reichte, um zu bestätigen, dass das CIA-Programm weitaus brutaler und umfangreicher war als zuvor.

Söldner strömen nach Syrien

Der Regimewechsel-Versuch der USA, die Regierung Syriens zu stürzen, hat mehr als 100.000 ausländische Söldner und fanatische religiöse Kräfte in den Krieg hineingezogen. Sie waren gut ausgerüstet mit fortschrittlichen Waffen, militärischer Ausrüstung, Proviant und Gehaltsschecks.

Ein Drittel der syrischen Bevölkerung wurde im Krieg entwurzelt. Millionen von Flüchtlingen strömten nach Europa und in die Nachbarländer.

Ab 2013 wurden tausende uigurische Kämpfer nach Syrien geschmuggelt, um mit der extremistischen uigurischen Gruppe, bekannt als die Turkistanische Islamische Partei, zu trainieren. Diese Kräfte kämpften an der Seite von Al-Kaida- und Al-Nusra-Terrorereinheiten und spielten in mehreren Schlachten eine Schlüsselrolle.

Reuters, Associated Press und Newsweek berichteten alle, dass bis zu 5.000 türkischsprachige muslimische Uiguren aus Xinjiang in verschiedenen "militanten" Gruppen in Syrien kämpften.

Nach Angaben syrischer Medien verwandelte eine verpflanzte uigurische Kolonie die Stadt al Zambaka (an der türkischen Grenze) in ein verschanztes Lager mit 18.000 Menschen. Viele der uigurischen Kämpfer wurden mit ihren Familien in das türkisch-syrische Grenzgebiet geschmuggelt. Sie sprachen nicht mehr Chinesisch, sondern Türkisch und waren auf die Unterstützung der türkischen Geheimdienste angewiesen.

China beschreitet einen anderen Weg

China ist entschlossen, im Umgang mit fanatischen Gruppen, die durch religiösen Extremismus bewaffnet sind, einen anderen Weg zu gehen. Chinas Aktion erfolgt, nachdem Terroranschläge und Sprengstoffe seit den 1990er Jahren Hunderte von Zivilisten in belebten Einkaufszonen und überfüllten Bahn- und Busbahnhöfen getötet haben.

China hat sich mit dem Problem des religiösen Extremismus durch die Einrichtung von großen Bildungs- und Schulungszentren auseinandergesetzt. Anstatt durch Bombenkampagnen weitere Unterentwicklung zu schaffen, versucht es, die Bevölkerung in Bildung, Qualifizierung und eine rasche Entwicklung von Wirtschaft und Infrastruktur einzubinden.

Die Terroranschläge in Xinjiang haben seit Beginn der Umschulungsprogramme im Jahr 2017 aufgehört.

Zwei Weltbilder von Xinjiang

Im Juli dieses Jahres schrieben 22 Länder, die meisten davon in Europa sowie Kanada, Japan, Australien und Neuseeland, einen Brief an den UN-Menschenrechtsrat, in dem sie China wegen massenhafter willkürlicher Verhaftungen und anderer Übergriffe auf Muslime in der chinesischen Region Xinjiang kritisierten. Die Erklärung enthielt keine einzige Unterschrift eines Staates mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit.

Tage später reichte eine weitaus größere Gruppe von 34 Ländern - jetzt erweitert auf 54 aus Asien, Afrika und Lateinamerika - einen Brief zur Verteidigung der chinesischen Politik ein. Diese Länder brachten ihre feste Unterstützung für Chinas Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung und zur Deradikalisierung in Xinjiang zum Ausdruck.

Mehr als ein Dutzend Mitgliedsländer der Organisation für Islamische Zusammenarbeit in der UNO unterzeichneten die Erklärung.

In einer weiteren Erklärung vom 31. Oktober vor dem Dritten Ausschuss der UNO-Generalversammlung wurde festgestellt, dass eine Reihe von Diplomaten, internationalen Organisationen, Beamten und Journalisten nach Xinjiang gereist waren, um den Fortschritt der Sache der Menschenrechte und die Ergebnisse der Terrorismusbekämpfung und der Deradikalisierung zu beobachten.

"Was sie in Xinjiang sahen und hörten, widersprach völlig dem, was in den [westlichen] Medien berichtet wurde", hieß es in der Erklärung.
